

Petition/Resolution

Die Stadt möge beschließen:

1. Der Stadtrat Freiburg lehnt eine weitere Liberalisierung der Dienstleistungen und des Handels ab, wie sie in der derzeit zwischen den USA und der EU verhandelten „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) und dem zwischen der EU und Kanada verhandelten Wirtschafts- und Dienstleistungsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) vorgesehen ist. Genauso das unter Einbeziehung weiterer Länder verhandelte TiSA (Trades in Services Agreement).
2. Der Stadtrat fordert die Bürgermeister auf, sich im deutschen Städtetag und anderen Spitzengremien gegen diese Abkommen zu positionieren und gegebenenfalls zu intervenieren.
3. Darüber hinaus ist die Stadt aufgefordert, sich in allen zur Verfügung stehenden Gremien für einen wirksamen Schutz und eine Förderung der Bereiche der Daseinsvorsorge im Sinne einer umfassenden kommunalen Selbstverwaltung sowie sozialer und ökologischer Standards einzusetzen. Das schliesst beispielsweise den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ein.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über mögliche Folgen der geplanten Freihandelsabkommen hinsichtlich der betroffenen kommunalen Bereiche, insbesondere der öffentlichen Auftragsvergabe, Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Wasserversorgung, Energiepolitik, dem öffentlichen Nahverkehr und Umweltschutz, in den zuständigen Ausschüssen und im Stadtrat zu informieren. Wenn nötig, sind dazu Fachleute hinzuziehen.